

DGAPanalyse

kompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e. V.

Mai 2013 N° 2
ISSN 2191-4869

Die polnische Schlacht um den Euro

von Agnieszka Łada



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die polnische Schlacht um den Euro

von Agnieszka Łada¹

Polen ist bereit dazu, eine stärkere politische Rolle innerhalb der Europäischen Union zu spielen sowie politische Verantwortung für deren Zukunft zu übernehmen. Dies kann heutzutage einem Staat aber nur gelingen, wenn er der Eurozone angehört, deren Mitglieder die wesentlichen Entscheidungen über die europäische Zukunft treffen. Der Beitritt einer prosperierenden Wirtschaftsnation und eines politisch stabilen Staates zur Eurozone wäre auch für die Eurozone vorteilhaft. Polen ist auf einem guten Weg, dem Euroraum beizutreten, bestimmte Schritte sind allerdings noch notwendig. Realistisch betrachtet ist der polnische Beitritt zur Eurozone frühestens im Jahr 2017 möglich. Denn diese Vorlaufzeit ist nötig, um den Konvergenzkriterien zu entsprechen, die bisher nicht vollständig erfüllt werden. Zudem gilt es, zusätzlich nationale rechtliche Bedingungen zu erfüllen.

Als die Länder Mittel- und Osteuropas 2004 der EU beigetreten sind, haben sie sich in den Verträgen dazu verpflichtet, zukünftig auch die gemeinsame Währung einzuführen. Es wurden aber keine »deadlines« gesetzt.

Heute, im Zuge der Überwindung der Finanzkrise, stellt sich wieder die Frage künftiger Beitritte. Offensichtlich dabei ist, dass es keinesfalls die Osterweiterung war, die zur Finanzkrise geführt hat – auch wenn manche Beobachter dies glauben wollen. Vielmehr lag es an einer Fehlkonstruktion der Eurozone sowie der Missachtung von Regeln, die manche Eurozonenmitglieder – einschließlich Deutschlands – betrieben haben. Die in der Krise versackte Eurozone hat für die Bürger inzwischen kaum mehr Anziehungskraft. Dagegen sehen die meisten der 2004 beigetretenen Staaten eine Mitgliedschaft in der Eurozone nach wie vor als wichtiges und vorteilhaftes Ziel an. Während Estland, Slowenien und die Slowakei schon in der Eurozone sind und Lettland im Januar 2014 beitreten möchte, wird es Polen, die größte Wirtschaftsnation der Region, erst im Laufe der kommenden Jahre wagen. Es gibt vielerlei Gründe, die sowohl die Motivation zum Eurobeitritt auf der einen Seite als auch die Verzögerung auf dem Weg dorthin auf der anderen Seite nachvollziehbar erscheinen lassen.

Motivierte Eliten, unentschiedene Gesellschaft

Das Ziel Polens war es immer, Teil der Mitte Europas zu sein und nicht in der europäischen Peripherie stecken zu bleiben. Heutzutage, da Polen bereits Mitglied der EU ist, bedeutet dies, der Eurozone beizutreten. Anders ausgedrückt: Für die gegenwärtige polnische Regierung ist der Beitritt zur Eurozone eine notwendige Voraussetzung, um im Zentrum Europas verstärkt mitwirken zu können. Schon alleine dies ist Motivation genug – vor allem für die politische Regierungselite –, den Euro in Polen als Währung einzuführen. Dies bedeutet aber nicht, dass ein konkretes Datum genannt wird. Alleine die Erklärungsmuster, die hinter diesen Überlegungen stehen, haben sich in der letzten Zeit verändert.

Die Rhetorik des polnischen Finanzministers Jacek Rostowski hat sich während der letzten Monate verändert. Auch wenn er das oben genannte politische Argument als ausschlaggebend ansieht, muss er als verantwortlicher »Hüter der Staatsfinanzen« das Staatsbudget beachten und verstärkt ökonomische sowie finanzstrukturelle Aspekte berücksichtigen. Noch im Jahr 2012 hat er mehrmals betont, dass Polen mit dem Beitritt warten sollte, bis sich die

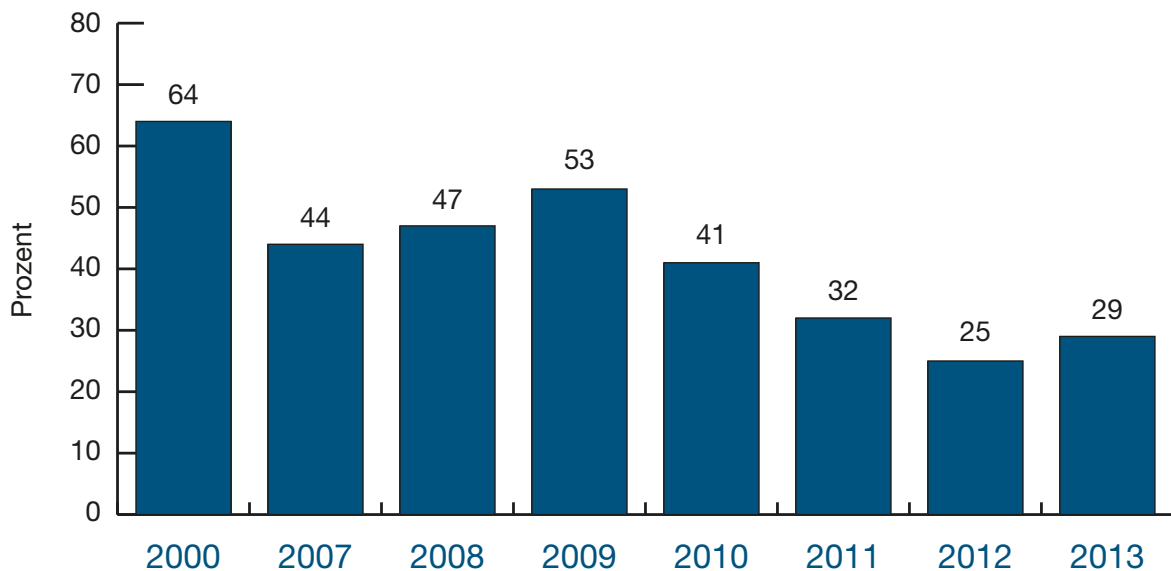
Eurozone reformiert und die Krise überwunden hat. »Man zieht nicht in ein Haus ein, das gerade renoviert wird«, lautete seine damalige Formulierung.

Heute spricht man in der Regierung viel mehr über die notwendigen Reformen auf polnischer Seite, die schon durchgeführt sein sollen, bevor Polen der Eurozone beiträgt. Den Euro einführen solle Polen erst dann, wenn die polnische Wirtschaft ausreichend konkurrenzfähig ist, was sowohl für Polen als auch für die Eurozone vorteilhaft sei. Die

In der polnischen Gesellschaft wird die Überzeugung der Regierung jedoch nicht geteilt. Umfragen, die nach dem Ausbruch der Finanzkrise kontinuierlich durchgeführt wurden, zeigen, dass die Unterstützung für den Euro in Polen systematisch zurückgeht und zurzeit lediglich bei etwa 30 Prozent liegt.

Zugleich ist die polnische Zustimmung betreffend die EU-Mitgliedschaft – im Vergleich mit anderen EU-Ländern – besonders hoch und das Vertrauen

Diagramm 1: Einstellung der polnischen Gesellschaft zur Euroeinführung



Quelle: Meinungsforschungsinstitut CBOS.

Beispiele anderer Länder haben gezeigt, wie richtig und wichtig eine solche Denkweise ist, da gerade diese unvorbereiteten Wirtschaftsnationen am Ende in finanziellen Schwierigkeiten steckten.

Folglich möchte man in Polen zuerst sicherstellen, dass der Arbeitsmarkt reformiert wird, etwa derart, dass die Effektivität der Arbeit schneller wächst als die Löhne. So spricht der Finanzminister sich dafür aus, einerseits den Eurobeitritt nicht besonders zu forcieren, zugleich aber andererseits Polen möglichst schnell darauf vorzubereiten. Deshalb möchte er gegenwärtig auch kein Datum nennen. Er bleibt aber ein energischer Befürworter der gemeinsamen Währung und des polnischen Beitritts. Und angesichts seiner Position als Verwalter des Staatshaushalts ist es durchaus nachvollziehbar, dass er sich gegen mögliche Gefahren abzusichern sucht.

in die EU-Institutionen groß. Auch bekennen sich die polnischen Bürger zu der Aussage, Europäer zu sein, was – theoretisch – für die Euroeinführung sprechen sollte. Immerhin sind die Werte in den letzten Jahren ein wenig gesunken, auch wenn dies nicht so stark wie in anderen, vor allem in den von der Krise betroffenen, Ländern ausgeprägt ist. Die skeptische Stimmung in den Gesellschaften der Eurozonenländer beeinflusst auch die polnische Wahrnehmung der gemeinsamen Währung. Das schlechte Image der Eurozone, das die Politik der Euroländer in den letzten Jahren verursacht hat, führt dazu, dass auch die Polen den Euro nicht mehr als Anreiz sehen.²

Außerdem fürchtet ein bedeutender Teil der Bevölkerung negative finanzielle Auswirkungen auf privater Ebene wie auch für den polnischen Staats-

haushalt. Diese Ängste beruhen oft auf Unwissenheit. Viele Polen sind nicht ausreichend über die Vorteile und die positiven Effekte der Euroeinführung informiert. Dies soll nun eine Informationskampagne der Regierung ändern.

Außerdem gilt es wie immer, die konkreten Fragestellungen der durchgeführten Meinungsumfragen zu beachten. Sofern in der Frage kein konkretes Datum genannt wird, können auch keine aussagekräftigen Antworten erwartet werden. Die niedrigen Zustimmungswerte betreffend die Euroeinführung erklären sich somit sicherlich auch durch die gegenwärtige Zurückhaltung der Regierung, ein konkretes Datum für den Beitritt zu nennen und laut und energisch für die gemeinsame Währung einzutreten.

Vorteile und Gefahren des polnischen Beitritts zur Eurozone

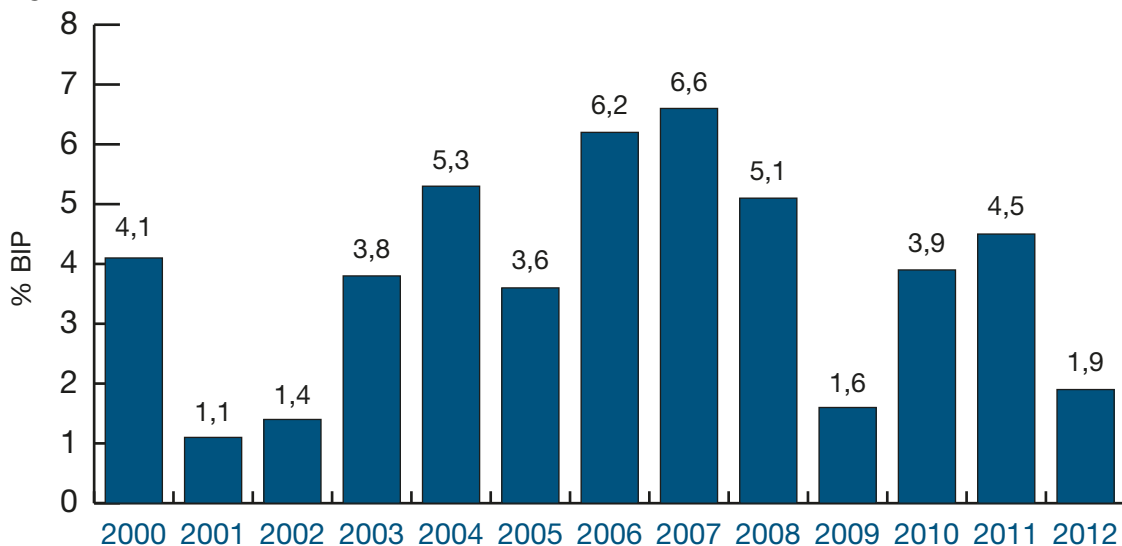
Auch wenn die polnische Bevölkerung diese Ansicht derzeit nicht teilt: der Beitritt würde für

liche Nutzen von entscheidender Bedeutung. Ein Nutzen, der auch für die Eurozone selbst gelten wird.

Seit zwanzig Jahren verzeichnet Polen einen Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt. Nach Angaben des Polnischen Hauptamts für Statistik betrug dieser im Jahre 2012 2,0 Prozentpunkte. Die Prognosen für die Jahre 2013 und 2014 sehen ein Wachstum von 1,8 bzw. 2,6 Prozentpunkten voraus.³ Sowohl die Daten über den Wirtschaftsaustausch zwischen Polen und den Eurostaaten als auch Berechnungen der möglichen Kosten, die getragen werden müssten, wenn man auf die gemeinsame Währung verzichtete, machen die Vorteile plausibel. Dennoch darf man die potenziellen Gefahren für die polnische Wirtschaft nicht außer Acht lassen.

Die polnischen Exporte in die Eurozone lagen im Jahr 2012 bei 73 Mrd. Euro (der gesamte Export betrug 142 Mrd. Euro). Im selben Zeitraum machten die Importe 67,8 Mrd. Euro aus (der gesamte Import betrug 151,7 Mrd. Euro).⁴ Dies zeigt klar,

Diagramm 2: Der Zwachs des BIP in Polen in den Jahren 2000–2012



Quelle: Polnisches Hauptamt für Statistik.

Polen Vorteile mit sich bringen. Jenseits des zentralen politischen Beweggrunds – dass die polnische Regierung dank der Mitgliedschaft in der Eurozone realen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse in Europa nehmen könnte – ist auch der wirtschaft-

lichste Handelspartner sind. Das Volumen der Exporte hat besondere Bedeutung, vor allem wenn man bedenkt, dass gerade die Ausfuhren der wichtigste Wachstumsfaktor sind.

Eine gemeinsame Währung würde sich positiv auf die Exporte auswirken. Die Einführung des Euro bedeutet, dass das Fremdwährungsrisiko wegfällt, Zinssätze gesenkt werden und der Zugang zu Krediten erleichtert wird. Polen wird sein Bild als stabiler Partner weiter festigen können. Es ist außerdem zu beachten, dass die Vorteile über die reinen Wirtschaftsbeziehungen mit den Eurostaaten hinausgehen. Der Euro ist ebenfalls die Abrechnungswährung für Geschäfte mit Partnern aus Ländern, die nicht zum Euroraum gehören.⁵ Man schätzt, dass der Wegfall des Fremdwährungsrisikos und der mit der Währungsumrechnung verbundenen Transaktionskosten 15 bis 22,5 Mrd. Euro ausmacht.⁶ Polen als Investitionsstandort wäre somit wesentlich attraktiver. Der geschätzte Zuwachs von Auslandsinvestitionen wird auf 12 Prozent geschätzt.⁷ Außerdem könnte die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit in Verbindung mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze die Arbeitslosenquote senken. Der Zuwachs an Investitionen wäre darüber hinaus enorm wichtig für die intensivere Entwicklung neuer Technologien, des so genannten Know-hows, und für die Verbesserung der Verwaltungsstandards. Und für polnische Mittelständler böte dies zum einen die Chance, sich weiter zu entwickeln und bereits vorhandenes Fachwissen zu erweitern; zum anderen bedeutete es aber zugleich auch die Herausforderung, sich den Anforderungen der Konkurrenz stellen zu müssen.

Nach Einschätzung renommierter Experten wird der Beitritt Polens zur Eurozone – mit sofortiger Wirkung – die finanziellen Belastungen für das Staatsbudget, für die Unternehmen sowie für die privaten Familienhaushalte senken. Man schätzt, dass die Zinskosten für den Staatshaushalt, d. h. die Kosten des bereits geliehenen Kapitals, sich um mindestens 2,5 Mrd. Euro pro Jahr reduzieren könnten. Weitere 2,5 Mrd. Euro würden im Privatsektor eingespart werden. Man hat errechnet, dass diese 5 Mrd. Euro für den Staatshaushalt dieselbe Entlastung bedeuteten wie eine Mehrwertsteuererhöhung um 2 Prozent.⁸ Andere Schätzungen sehen die Kostensenkung für Unternehmen bei 5,5 Mrd. Euro und das daraus entstehende BIP-Wachstum bei 0,7 Prozent pro Jahr. Die sich daraus entwickelnde Glaubwürdigkeit steht in enger Verbindung mit einer Kostensenkung bei der Bedienung der

Auslandsschulden und würde zusätzlich bis zu 1,5 Mrd. Euro betragen. Der Gesamtnutzen der Euroeinführung für die polnische Wirtschaft wird nach diesen Berechnungen auf einen Betrag zwischen 6,25 und 14,4 Mrd. Euro geschätzt.⁹

Langfristig gesehen würden aber nicht nur der Mittelstand und der Staatshaushalt profitieren, sondern auch der Normalverbraucher. Eine gemeinsame Währung ermöglichte es den Verbrauchern, die Waren- und Dienstleistungspreise in Polen mit denen im Ausland viel einfacher zu vergleichen, vom Wegfall des Währungsumtauschs ganz zu schweigen. Ein anderer wesentlicher Aspekt ist die Absicherung, die eine Mitgliedschaft in der Eurozone mit sich brächte. Sollte Polen in finanzielle Schwierigkeiten geraten, ohne Mitglied im Euroraum zu sein, kann es nicht auf die Hilfe der Europäischen Zentralbank zählen. Ein anderer Punkt ist, dass momentan viel Risikokapital nach Polen fließt. Falls dieses Kapital abrupt weniger werden sollte, ist die Gefahr durchaus groß, dass auch Polen von einer Krise eingeholt wird.¹⁰

Der Beitritt zur Eurozone wäre jedoch zweifelsohne auch mit hohen Kosten verbunden. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds kann die Euroeinführung langfristig, über den Zeitraum von zwanzig Jahren, zu einem BIP-Zuwachs um die 8 Prozent beitragen. Gleichzeitig wird sie aber auch einmalig 6 Prozent des BIP kosten. Die Frage, inwieweit man der Preissteigerung infolge der neuen Währung entgegenwirken kann, bleibt unbeantwortet. Die Polnische Nationalbank schätzt, dass ein Preisanstieg zwischen 0,5 und 20 Prozent betragen kann. Die Umstellung und die Einbringung des Euro in den Bargeldumlauf werden zwischen 20,5 und 28 Mrd. Euro kosten. Die größten Kosten der Umstellung werden die Mittelständler tragen müssen (schätzungsweise 3,9 bis 5 Mrd. Euro). Deutlich weniger wird die Anpassung des Finanzsektors (ca. 0,5 bis 0,9 Mrd. Euro) und der öffentlichen Verwaltung (rund 0,2 bis 0,35 Mrd. Euro) kosten. Die Zentralbank selbst wird etwa 0,5 Mrd. Euro aufbringen müssen.¹¹

Die Zentralbank wird aber keinen Einfluss mehr auf die Wirtschaft mittels der Leitzinsen nehmen können. Auch der feste Wechselkurs des Euro birgt

ein gewisses Risiko, was bereits in den Krisenländern offensichtlich geworden ist. Ökonomen weisen vor allem darauf hin, dass die Zeit in der obligatorischen Währungsschlinge für die polnische Wirtschaft besonders gefährlich sein kann, weil die Wirtschaft sich speziell in diesem Zeitfenster nicht gegenüber Spekulationen abschirmen und entsprechend schützen kann. Das kann im Fall eines großen, für Spekulanten attraktiven Marktes wie dem polnischen deutlich spürbar sein.

Die Staatsschuldenkrise und die Unsicherheit, in welche Richtung die Integration der Eurozone und der ganzen Europäischen Union verlaufen wird; all dies sind wichtige Fragen, wenn es um den Beitritt zur Eurozone geht. Zusammengefasst führt dies dazu, dass die Beurteilung des Beitritts nicht mehr so eindeutig ausfällt, wie dies noch vor Beginn der Krise im Jahr 2008 der Fall war. Diese Faktoren können und dürfen nicht einfach ignoriert werden. Ein Hinauszögern des Beitritts muss sich aber nicht unbedingt als die richtige Strategie erweisen. Von Seiten der polnischen Unternehmer bestehen keinerlei Zweifel; sie setzen sich für einen schnellen Beitritt zur Eurozone ein. Sie haben dies u. a. in einem Schreiben des Verbandes der Arbeitgeber »Lewiatan« an Premierminister Donald Tusk zum Ausdruck gebracht, indem sie betonen, dass der Beitritt Polens zur Eurozone aktuell zu einer Frage von strategischer Bedeutung wird.¹²

Notwendige Reformen zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien

Der Beitritt zur Eurozone ist mit bestimmten wirtschaftlichen Bedingungen – den Maastrichter Konvergenzkriterien – verknüpft. Sie schaffen eine gemeinsame Basis an Sicherheit, Stabilität und Kontinuität der öffentlichen Finanzen für alle Kandidaten- sowie Mitgliedsländer des Euroraums. Die Nichteinhaltung dieser Kriterien durch einige Staaten hat die Eurozone in die Krise gestürzt. Umso genauer werden die derzeitigen Beitrittskandidaten auf die vollständige Erfüllung der Kriterien geprüft. Diese lauten wie folgt:

- Preisstabilität: Ein Mitgliedstaat erfüllt dieses Kriterium, wenn seine Inflationsrate um nicht

mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegt.

- Öffentliche Finanzen: Die Defizitquote (das Verhältnis zwischen dem geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizit und dem BIP) darf nicht über drei Prozent liegen. Ebenfalls darf die Verschuldungsquote (Verhältnis zwischen dem öffentlichen Schuldenstand und dem BIP) nicht über 60 Prozent liegen (Art. 126 AEUV).
- Wechselkurskriterium: Dieses Kriterium ist erfüllt, wenn die teilnehmenden Länder die normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus in den letzten zwei Jahren vor der Konvergenzprüfung spannungsfrei einhalten konnten.
- Langfristige Zinssätze: Das Kriterium gilt als erfüllt, wenn der langfristige Nominalzins eines Mitgliedstaates den der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten um nicht mehr als zwei Prozentpunkte überschreitet.¹³

Tabelle 1: Die Erfüllung der Konvergenzkriterien zum Jahresende 2012 (in %)

Kriterium	Aktueller Referenzwert	Aktueller Stand in Polen	Bedingung erfüllt
Inflation	3,10	2,80	Ja
Öffentliches Haushaltsdefizit	3,00	3,50	Nein
Öffentliche Verschuldung	60,00	56,00	Ja
Zinsniveau	5,70	4,25	Ja

Daten von: Eurostat und Finanzministerium.¹⁴

Polen erfüllt die Maastricht-Kriterien bisher nicht vollständig. Allerdings legen Daten nahe, dass weitere Reformbemühungen das Land schon bald an deren Erfüllung heranführen können. Seit dem Jahr 1997, somit lange Zeit vor Deutschland, ist in der polnischen Verfassung eine Maximalverschuldung von 60 Prozent des BIP festgelegt. Ende 2012 wurden bereits das Inflations- und das Zinssatzkriterium erfüllt. Laut Auskunft des Finanzministeriums wird im Jahr 2013 das Haushaltsdefizit auf 3 Prozent des BIP sinken.¹⁵ Hierbei ist anzumerken, dass das Defizitkriterium allein von der nationalen

Wirtschaftslage in Polen abhängt, das Zins- und das Inflationkriterium jedoch an Entwicklungen in der Eurozone gekoppelt sind.

Politische Situation und rechtliche Fragen

Außer den wirtschaftlichen Gründen, die eher eine Frage der Zeit sind, gibt es auch weitere, innenpolitische Gründe, die es verhindern, »deadlines« für den Beitritt zu setzten. Und diese sind stark mit der Polarisierung innerhalb des polnischen politischen Parteienspektrums verknüpft. Da der Eurobeitritt sowohl von der Regierungskoalition als auch von der linken Opposition unterstützt wird, macht er die Spaltung zwischen der Regierung und den Vertretern der eher rechtsgerichteten Parteien deutlich. Zu betonen ist hierbei jedoch, dass man die rechten Parteien, auch wenn sie sich viel häufiger kritisch gegenüber der EU äußern und gegen die Vertiefung der Integration sind, nicht als klar anti-europäisch bezeichnen kann. In der Debatte über die Euroeinführung nehmen sie keine eindeutige Position ein. Die größte Oppositionspartei, Recht und Gerechtigkeit (PiS), beruft sich derweil auf den Willen des Volkes; sie plädiert dafür, dass der Souverän über den Beitritt im Rahmen einer Volksabstimmung entscheiden soll.

Juristen und Rechtswissenschaftler sind jedoch in der Frage der Notwendigkeit der Durchführung einer Volksabstimmung uneins. Einige von ihnen, und dies ist auch die Position der Regierung, erkennen an, dass Polen beim Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union im Juni 2003 zugleich auch dem Beitritt zur Eurozone zugestimmt hat. Die Verpflichtung der Eurozone beizutreten ist auch Bestandteil des polnischen EU-Beitrittsvertrags. Diejenigen Juristen wiederum, die die Vertreter der PiS zitieren, sind allerdings der Ansicht, dass die seitdem in der Eurozone durchgeführten Änderungen eine »völlig andere Formel der Zusammenarbeit« ergeben haben und sich die Bürger deshalb erneut zu diesem Thema äußern sollten. Das Verfassungsgericht konnte sich hierzu noch nicht äußern, weil bisher keine diesbezügliche Klage eingereicht wurde. Theoretisch kann dies aber noch geschehen, sobald die Entscheidungen der Regie-

rung zum Beitritt weiter vorangeschritten sind und entsprechende Gesetze verabschiedet wurden.

Vor allem aber wird vor dem Beitritt Polens zur Eurozone eine Verfassungsänderung erforderlich sein, da bis dahin sämtliche Kompetenzen bezüglich der polnischen Währung allein bei der polnischen Nationalbank liegen. Eine solche Verfassungsänderung kann vom Sejm mittels Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gewählten Abgeordneten beschlossen werden. Dies bedeutet, dass 307 (von 460) Parlamentariern einer Verfassungsänderung zustimmen müssen. Die aktuelle Regierungskoalition verfügt zurzeit über 235 Stimmen. Falls die Regierung auf die Unterstützung der linken Opposition und der Abgeordneten der deutschen Minderheit bauen kann, würden 68 Stimmen hinzukommen. Die erforderliche Mehrheit scheint aber zumindest derzeit außer Reichweite, da sich, wie erwähnt, die Partei Recht und Gerechtigkeit entschieden gegen einen baldigen polnischen Eurobeitritt ausspricht und die Durchführung eines vorherigen Referendums fordert.

Folglich ist mit einer Verfassungsänderung innerhalb der aktuellen Legislaturperiode (bis 2015) nicht zu rechnen. Und wie die politische Lage ab dem Jahr 2015 aussehen wird, bleibt ungewiss. Die Popularitätswerte der Regierung schwanken derzeit, und ein klares Bekenntnis für einen schnellen Beitritt wird ihr nicht helfen, sofern die Stimmung in der Gesellschaft diesbezüglich weiterhin vorwiegend kritisch bleibt. Diese in der Bevölkerung vorherrschende Skepsis hingegen motiviert zur selben Zeit den rechten Teil der Opposition, sich fortgesetzt kritisch zur Einführung einer gemeinsamen Währung zu äußern. Dies alles erklärt, warum die polnische Regierung bisher kein konkretes Beitrittsdatum nennt.

Einige Juristen sind jedoch der Auffassung, der Vorrang des europäischen Rechtes und der Verträge (in denen festgeschrieben ist, dass für Polen die Euroeinführung obligatorisch ist) spreche dafür, dass die Änderung der Verfassung sogar unnötig sei. Das Wahlergebnis des Jahres 2015 wäre in diesem Fall rein juristisch betrachtet für die Beschleunigung des Prozesses der Euroeinführung uner-

heblich. Im gesamten Beitrittsprozess dürfte dieser Aspekt allerdings keine entscheidende Rolle spielen; dafür ist letztendlich der Eurobeitritt doch zu sehr eine politische Entscheidung.

Wie kann man den Eurobeitritt Polens unterstützen?

Die Mitglieder der Eurozone haben aus den oben genannten wirtschaftlichen Gründen ein großes Interesse an einer Mitgliedschaft Polens. Diese wird gerade auch für Deutschland von strategischer Bedeutung sein, weil Polen sich zu einem wichtigen Verbündeten auf der europäischen Bühne entwickelt hat. Die durchgeführten Reformen und die funktionierenden Wirtschaftsmechanismen sowie die pragmatische Einstellung zu politischen Entscheidungsprozessen haben dazu beigetragen, dass Polen und Deutschland bei Verhandlungen auf europäischer Ebene sehr oft ähnliche Standpunkte teilen und vertreten. Warschau stellt oft ein Gegengewicht zu den Ländern Südeuropas dar. Wichtiger sind jedoch wirtschaftliche Argumente. Um nur Folgendes zu nennen: Polen belegte im Jahr 2012 wieder – noch vor Russland – den ersten Platz auf der Liste der wichtigsten Exportmärkte Deutschlands. Nach Angaben des Polnischen Hauptamts für Statistik ist die Dynamik der Handelsentwicklung mit Deutschland durchschnittlich um 12 bis 14 Prozent gestiegen bzw. um etwa drei Prozent schneller gewachsen als im gesamten Euroraum.

Insofern die polnische Mitgliedschaft auch für die anderen europäischen Akteure wichtig erscheint, sollten diese vor allem konkrete Zeichen setzen, um eine Realisierung des Beitritts in möglichst kurzfristiger Perspektive möglich zu machen. Förderlich hierfür wäre es insbesondere seitens der EU-Institutionen und Mitgliedstaaten der Eurozone, bei vielfältigen passenden Anlässen deutlich und klar zum Ausdruck zu bringen, dass sie Polen gerne möglichst bald im Kreise der Euroraummitglieder sehen möchten. Solche Aussagen werden in Polen wahrgenommen und stärken den Befürwortern des Beitritts in eurofreundlichen Kreisen den Rücken. Den Worten müssen aber auch konkrete Maßnahmen folgen. Bei Entscheidungen, die die Zukunft der Eurozone betreffen, sollte Polen als

zukünftiges Mitglied stärker beteiligt werden. Und schließlich wird dies auch die Akteure auf polnischer Seite motivieren, weiter im Sinne des Beitritts zu handeln, um den Vorschuss an Vertrauen nicht zu enttäuschen.

Zu entscheiden gilt es schließlich, wie man die starke polnische Wirtschaft beim Start als Eurozonenmitglied bestmöglich unterstützen kann, um nicht zuletzt auch die damit verbundenen Risiken zu minimieren. Die Regeln, die vor zwanzig Jahren festgelegt wurden und für kleinere Staaten weiterhin angemessen erscheinen, könnten dem polnischen Markt – und in Folge des Beitritts auch der Eurozone – eher schaden. Zu überdenken gilt es beispielsweise, ob von der Verpflichtung zu einem zweijährigen Verharren in der Währungsschlinge – eine Gefahr für die polnische Wirtschaft und eine potenzielle Gefährdung der Stabilität der gesamten Eurozone – nicht abgesehen werden sollte. Diese Idee wurde während der letzten Wochen von Seiten der polnischen Nationalbank vorgeschlagen, und sie hat, unabhängig von der politischen Einstellung, die Zustimmung aller polnischen Wirtschaftsexperten erfahren. In diesem Fall handelte es sich nicht um die Beugung von Recht, sondern vielmehr um eine pragmatische Lösung, die alten Vorschriften zu revidieren, sofern ohnehin zur gleichen Zeit vielfach erforderliche Regelungsänderungen und -anpassungen vorgenommen werden müssen. Die so gewonnene Stabilität der polnischen Wirtschaft würde nicht nur Polen, sondern auch der Eurozone Vorteile einbringen. Insgesamt kann man festhalten, dass der Eurobeitritt für Polen selbst eine enorme Herausforderung darstellt, zugleich aber der EU eine große Chance bietet, mit diesem wichtigen Schritt eine neue Ära in der Geschichte der Eurozone einzuleiten.

Dr. Agnieszka Łada ist Leiterin des Europa-Programms am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau und Gastwissenschaftlerin am Alfred von Oppenheim-Zentrum der DGAP in Berlin.
Sprachliche Redaktion: Thomas Behrens.

Mehr zum Thema:

Agnieszka Łada, Floskeln oder Fakten? Polen und Deutschland auf dem Weg zu Polens Euroeinführung (Institut für Öffentliche Angelegenheiten), Warschau 2013.

Olga Markiewicz, »Have its cake and eat it too« Polish discourse on the current eurozone crisis (Institute of Public Affairs), Warschau 2012.

Anmerkungen

- 1 Der Text entstand im Rahmen des Projektes Sommer Akademie Europa des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau und der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh.
- 2 Vgl. Deutsche zunehmend skeptisch über die Vorteile der Europäischen Union. Polen und Franzosen verbinden auch angesichts der Euro-Krise vergleichsweise mehr Vorteile mit Europa (Pressemeldung Bertelsmann Stiftung), Gütersloh, 17.9.2012, <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_113500.htm> (abgerufen am 22.5.2013).
- 3 Vgl. European Economic Forecast, Autumn 2012, European Commission, 2012, <http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2012/pdf/ee-2012-7_en.pdf> (abgerufen am 1.12.2012).
- 4 Vgl. Obroty handlu zagranicznego ogółem i według krajów. I–XI 2012 r. (Główny Urząd Statystyczny), Warschau 2013, <http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbr/gus/CH_obr_handlu_zagranicznego_og_wg_krajow_11m_2012.pdf> (abgerufen am 24.4.2013).
- 5 Vgl. Raport na temat pełnego uczestnictwa Rzeczpospolitej Polskiej w trzecim etapie Unii Gospodarczej i Walutowej (Polnische Nationalbank), <http://www.nbp.pl/publikacje/o_euro/re.pdf Warschau 2009> (abgerufen am 24.4.2013).
- 6 Vgl. A. Zwoliński, 240 złotych rocznie–tyle ubędzie nam z kieszeni po wprowadzeniu euro, <<http://www.money.pl/gospodarka/wiadomosci/artukul/240;zlotych;rocznie;-tyle;ubedzie;nam;z;kieszeni;po;wprowadzeniu;euro,177,0,1217457.html>> (abgerufen am 24.4.2013).
- 7 Ibid.
- 8 Vgl. das Interview mit R. Antczak, Wejdźmy do strefy euro, bo koszty i tak już ponosimy, in: Obserwator finansowy, 14.9.2012, <<http://www.obserwatorfinansowy.pl/forma/debata/antczak-wejdzy-do-euro-bo-koszty-i-tak-juz-ponosimy>> (abgerufen am 24.4.2013).
- 9 Vgl. Zwoliński, op. cit. (Anm. 6).
- 10 Vgl. das Interview mit R. Antczak (Anm. 8).
- 11 Vgl. Zwoliński, op. cit. (Anm. 6).
- 12 Vgl. Verband der Arbeitgeber Lewiatan (Hrsg.), List H. Bochniarz do Premiera ws. przyjęcia euro (Das Schreiben von H. Bochniarz an den Premierminister über die Einführung des Euro), <http://pkpplewiatan.pl/opinie/aktualnosci/2012/1/list_h_bochniarz_do_premiera_ws_przyjecia_euro>, 14.12.2012 (abgerufen am 23.4.2013).
- 13 Vgl. NBP, Kryteria konwergencji, <<http://www.nbportal.pl/pl/np/euro/przygotowania-polska/kryteria-konwergencji>>, 21.7.2010 (abgerufen am 24.4.2013).
- 14 Inflation: Daten vom November 2012, Öffentliches Haushaltsdefizit: Prognose für 2012; Öffentliche Verschuldung: Daten aus dem III. Quartal 2012; Zinsniveau: Daten vom Dezember 2012.
- 15 Vgl. das Interview mit R. Antczak (Anm. 8).

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org
© 2013 DGAP